



APITÎ BARIÛ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 16 • Oktober / November 2003

Editorial

Kurz vor dem Irakfeldzug sprach der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld von einem Europa, das in die Jahre gekommen sei. Die mediale Entrüstung in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der Union war ihm gewiss.

Dennoch fragten sich selbst hartgesotteneren Europäer, ob nicht an dem verbalen Ausfall des Falken aus dem Pentagon etwas daran sein könnte. Allzu behäbig scheint Europa in außenpolitischen Belangen daherzukommen. Insbesondere der dauernde Krisenherd Mittlerer Osten wurde in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt.

Das selbe gilt für die Türkei. So glaubt man im Rahmen des Beitrittsprozesses alle vorhandenen Probleme lösen zu können.

Die Kopenhagener Kriterien werden zum Allheilmittel stilisiert. Probleme sollen, so scheint es, schlicht absorbiert werden. Doch ist auch aus der Medizin bekannt, dass sich manche Dinge nicht verdauen lassen. Die kurdische Frage gehört dazu. Wider jeden „Mainstream“ ist sie kein Problem unter anderen. Vielmehr stellt sie eines der Hauptprobleme der Türkei dar.

Indes steuert die Türkei auf einen erneuten Krieg mit den Kurden zu und Europa schaut zu. Der einseitige Waffenstillstand der kurdischen Seite im türkisch-kurdischen Konflikt ist hinfällig geworden. Dabei wäre ein solcher Krieg noch zu verhindern. Ein klares Signal an die Türkei, dass man kosmetische Reformen nicht hinnehmen werde, könnte ein erster Schritt sein.

Die Thematisierung der kurdischen Frage hingegen ist unabdingbar, wenn mit einer Demokratisierung der Türkei ernst gemacht werden soll.

Die kurdische Seite im türkisch-kurdischen Konflikt hat hierfür wiederholt ihre Bereitschaft erklärt. Sollte jedoch die Eskalationspolitik der Regierung Erdogans weiter andauern, wäre der Gebrauch des legitimen Selbstverteidigungsrechts unausweichlich.

Die erneute Stationierung von kurdischen Guerillakräften auf dem Territorium der Türkei zeigt, dass dies keine hohle Phrase ist.

Zudem trägt die Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Abdullah Öcalan nicht gerade zu einer Entspannung der Lage bei. Die Entsendung einer unabhängigen Ärztekommision, die den Gesundheitszustand des Vorsitzenden des KADEK untersucht, könnte die Kurden beruhigen.

Ob nun „alt“ oder „neu“: Die Initiative Europas ist gefragt.

In dieser Ausgabe finden sich Beiträge von Karin Leukefeld, Klaus Happel und ein Interview mit Mizgin Sen, der Europavertreterin des Kadek

Köln, im Oktober 2003, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative *Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan*:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Walisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator-CI, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Öcalans Gesundheitszustand**

Fragen an Aysel Tugluk und Bekir Kaya,
Anwälte von Abdullah Öcalan

von Karin Leukefeld

Seite 5**“Wir sind bereit zum Dialog“**

Die kurdische Frage wird systematisch
ignoriert

Fragen an Mizgin Sen, Europasprecherin des
KADEK

Seite 7**Keine Besuche mehr**

Abdullah Öcalan verweigert bis auf
weiteres jeden Besuch seiner Anwälte

Presseerklärung der Internationalen
Initiative

Seite 8**Einsatz im Irak**

Im Irak vermischen sich türkische Außen-
und Innenpolitik

von Klaus Happel

Impressum

Herausgeber: Internationale Initiative
“Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden
in Kurdistan“

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus Becher, K. Happel,

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge
müssen nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wiedergeben.**

Spenden sind ausgesprochen willkommen.
Stadtsparkasse Köln, BLZ: 37 05 01 98
Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Öcalans Gesundheitszustand

Fragen an Aysel Tugluk und Bekir Kaya, Öcalans Anwälte

von Karin Leukefeld

*Sie waren im September in Europa, was ist
das Anliegen Ihrer Reise?*

Aysel Tugluk: Wir wollen natürlich auf
den Gesundheitszustand unseres Mandan-
tanten, Herrn Öcalan, aufmerksam
machen, der sich nach fünfjähriger Haft
insbesondere in den letzten Monaten
massiv verschlechtert hat.

Wir wollen auch auf die Haftbedingun-
gen unseres Mandanten aufmerksam
machen, die sowohl für die Verhältnisse
in der Türkei als auch international bei-
spielslos sind.

Wir wollten Vertreter der Außenpolitik,
menschenrechtliche Organisationen
und berufsbezogene Verbände auf die-
se Probleme aufmerksam machen.

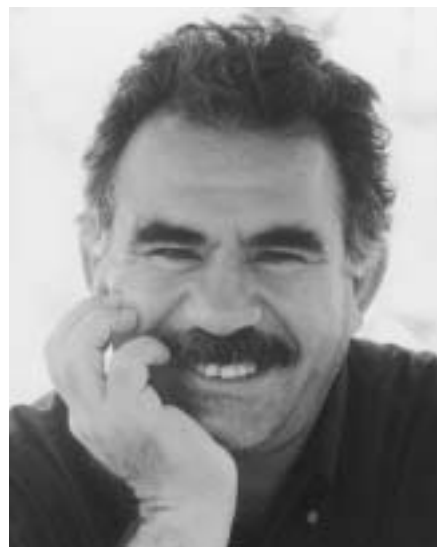
Wir wollten sie auch bewegen, sich im
Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein-
zusetzen, dass sich die Lage für Herrn
Öcalan verbessert.

Außerdem wollten wir unsere Einschät-
zung der politischen Situation in der
Türkei vermitteln.

Besonders die kurdische Frage ist wich-
tig, deren friedliche Lösung an einem
sehr kritischen Punkt ist.

Um den Demokratisierungsprozess in
der Türkei zu stärken, müssen sich auch
die gesellschaftlichen Organisationen in
Europa damit befassen.

Sind Sie auf offene Ohren gestoßen, hat



Abdullah Öcalan

man Ihnen Vorschläge gemacht, Initiativen zur Unterstützung signalisiert?

Bekir Kaya: Es ist nicht das erste Mal, wir
stehen mit den verschiedensten Organi-
sationen und politischen Vertretern in
Europa in ständigem Kontakt.

Eine Woche haben wir in Deutschland
Gespräche geführt.

Unser Fazit, es gibt zwar großes Interes-
se an Informationen, doch da, wo es um
aktive Unterstützung und Vermittlung
geht, ob in rechtlichen oder politischen
Fragen, geschieht nichts.

Unserer Ansicht nach werden die zivil-

gesellschaftlichen Organisationen, die wir besuchten, ihrem Anspruch und Selbstverständnis nicht gerecht.

Das ist ja eine harte Kritik, warum?

Aysel Tugluk: Ich möchte das, was mein Kollege hat, noch vertiefen.

In Europa scheint die kurdische Frage wenig zu interessieren, obwohl die die Kurden sehr auf eine politische, demokratische Lösung ihrer Probleme drängen.

Sie fordern ihre kulturellen Rechte ein, was schließlich universelle Rechte sind, die betreffen alle. Doch es geschieht wenig, eher nichts.

Wir denken, das liegt daran, dass die betreffenden europäischen Staaten politisch indirekt der politischen Praxis und den Verhältnissen in der Türkei zustimmen. Warum? Weil sich die Forderungen der Kurden scheinbar gegen die eigenen ökonomischen und politischen Interessen der europäischen Staaten richten. Doch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen müssen diese Fragen behandelt werden.

Ohne die Lösung der kurdischen Frage kann der EU-Beitritt der Türkei nicht positiv verlaufen.

Würde ein rascher Beitritt der Türkei zur Europäischen Union denn die Situation Ihres Mandanten verbessern?

Aysel Tugluk: Prinzipiell könnte ein Beitritt der Türkei zur EU die Demokratisierung des Landes beschleunigen, ist also positiv.

Allerdings hat die Türkei kein substantielles Wertesystem, das über lange Zeit gewachsen ist und mit dem von Europa vergleichbar wäre.

Um da eine Übereinstimmung herzustellen, muß die kurdische Frage behandelt und gelöst werden.

Doch die wird systematisch ausgeblen-

det, das Thema "Kurden" ist mit einer Angst besetzt, die geradezu neurotische Züge annimmt.

Da tut sich wenig. Die wenigen Veränderungen, die es bisher gegeben hat, sind durchaus positiv, allerdings wurden die meisten bisher im alltäglichen Leben noch nicht umgesetzt.

Leider wird die kurdische Frage in Europa nicht als ein nationales, sondern als individuelles Problem behandelt.

Aber ich will grundsätzlich sagen, die Tatsache, dass es überhaupt als Problem gesehen wird, ist schon ein Fortschritt. Allerdings ist es eine Fehleinschätzung, wenn die kurdische Frage als nebensächliches Problem unter vielen behandelt wird.

Nein, es ist das zentrale Problem in der Türkei.

Wie ist der Stand des Verfahrens Ihres Mandanten vor dem Europäischen Gerichtshof, es ist ja jetzt in der Revision, sind da kurzfristige Veränderungen zu erwarten?

Aysel Tugluk: Das Revisionsverfahren ist zunächst einmal positiv.

Vor der kleinen Kammer des Europäischen Gerichtshofes wurde der Beschwerde unseres Mandanten, wonach es auf Imrali kein faires Verfahren gegeben hat, stattgegeben.

Allerdings wurde unserem Revisionsantrag hinsichtlich der Umstände seiner Entführung und seiner rechtswidrigen Verbringung in die Türkei nicht entsprochen. Dagegen haben wir Einspruch eingelegt.

Der Fall unseres Mandanten ist nicht zu trennen von der politischen Problematik.

Er ist Partei in dem Konflikt der kurdischen Frage in der Türkei. Es ist kein normales Verfahren von irgendeinem kriminellen Straftäter.

Vielmehr handelt es sich um einen politischen und damals noch militärischen Konflikt, das muß juristisch auch gewürdigt werden. Es geht um das Selbstverteidigungsrecht, das international ja geschützt ist.

Leider wurde unserem Mandanten nicht das Recht eingeräumt, sich detailliert zu der ganzen Sache zu äußern, und es wird auch keine Untersuchung dazu geben. Dennoch: Unser Einspruch wurde nicht abgewiesen und wird jetzt geprüft. Unser juristisches Ziel ist auch, eine Diskussion über die kurdische Frage zu initiieren, auch wenn die nur begrenzt im juristischen Rahmen möglich ist.

Eine Wiederaufnahme des Verfahrens in der Türkei hätte sicherlich positive politische Entwicklungen zur Folge.

Bekir Kaya: Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass wir zu der umfangreichen Verteidigung des Mandanten noch einen Ergänzungsantrag eingereicht haben.

Es wurden mehr als 30.000 Menschen in dem Konflikt getötet, Kurden.

Es wurden mehr als 4000 Dörfer zerstört und niedergebrannt, es gab Tausende von extra-legalen Hinrichtungen.

Auch wenn der Antrag unseres Mandanten hinsichtlich seines Verfahrens abgeschmettert werden sollte, so kann über diese Fakten doch nicht hinweg gesehen werden.

Wir schlagen ein Sondergericht vor, vor dem die Praxis beider beteiligten Parteien an dem Konflikt, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen untersucht werden sollen.

Sollte das Urteil vom Europäischen Gerichtshof all das ausschließlich als "Terrorismus" der kurdischen Seite bewerten, werden wir dagegen Widerspruch einlegen.

Das würde die Realitäten auf den Kopf stellen und der Europäische Gerichtshof

würde gegen seine eigenen Prinzipien verstoßen.

Herr Öcalan ist fast 5 Jahre in Isolation auf der Insel Imrali, sein Gesundheitszustand ist nicht gut, was sagt denn das Antifolterkomitee des Europarates dazu?

Aysel Tugluk: Die Haftordnung unseres Mandanten hat zum Ziel, seine politische Identität systematisch zu zerstören. Die Todesstrafe soll auf Raten vollzogen werden.

Herr Öcalan ist nicht irgendein Krimineller sondern er ist Träger eines politischen Willens, der Großteil der kurdischen Bevölkerung in der Türkei unterstützt ihn nach wie vor.

Der türkische Staat, die Regierung weiß sehr genau, welchen Einfluß Herr Öcalan hat und bezieht das in seine aktuelle Kurdenpolitik ein.

Nach Ansicht unseres Mandanten wirken hinter dieser Politik sowohl amerikanische als auch europäische Interessen an und in der Türkei.

Auf Imrali gibt es einen Krisenstab aus Gendarmerie, Geheimdiensten, Vertretern des Militärs und Gefängnisleitung. Dieser Krisenstab entscheidet über die Behandlung unseres Mandanten.

Vor wenigen Wochen erst sagte Tuncay Kilic, der stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates in der Türkei, "Wir haben Öcalan zwar nicht hingegerichtet, aber wir tun das jeden Tag."

Und bevor Tayyip Erdogan Ministerpräsident wurde, sagte er auf die Frage, wie er mit dem "Fall Öcalan" umgehen wolle, er sei gegen die Todesstrafe.

Vielmehr solle man ihn behandeln wie Rudolf Hess, den Nazikriegsverbrecher und ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers, der bis an sein Lebensende im Gefängnis blieb.

Auf Wunsch unseres Mandanten haben wir nun einen detaillierten Bericht erstellt, den wir dem Antifolterkomitee

des Europarates übergeben haben.

Vertreter des Komitees haben ihn dreimal auf Imrali besucht und die Haftbedingungen geprüft, darüber gibt es auch zwei Berichte.

Allerdings gibt es bis heute keine grundsätzliche Initiative, seine Haftbedingungen auch wirklich zu ändern.

Der Inhalt des dritten Berichts ist uns bisher nicht bekannt.

Das Komitee hat gefordert, dass Herr Öcalan mit seiner Familie telefonieren kann und dass ihm ein Fernseher überlassen wird, doch die Türkei weigert sich, das umzusetzen.

Nun will Herr Öcalan, dass das Komitee grundsätzlich untersucht, wie lange ein Mensch überhaupt unter solchen Bedingungen durchhalten kann.

Sie als Anwälte sind ja auch enormem Druck ausgesetzt, es gibt Verfahren gegen Sie, in der Öffentlichkeit wird gegen Sie gehetzt. Wie halten Sie das durch?

Aysel Tugluk: Wir haben alle gewusst, auf was wir uns einlassen.

Vor allen am Anfang hat man uns sogar körperlich angegriffen und unsere Arbeit wurde massiv behindert. Doch das hat nachgelassen.

Doch eine richtige Verteidigung ist uns bis heute nicht möglich, die Probleme sind zu groß.

Wir dürfen zum Beispiel keine Dokumente zu den Mandantenbesuchen mitnehmen, die wir aber dringend zur gemeinsamen Vorbereitung der Verteidigung benötigen.

Aus berufsethischen und professionellen Gründen sind diese Bedingungen völlig inakzeptabel.

Bekir Kaya: Sowohl staatlicherseits, als auch in der Anwaltskammer gibt es so eine Meinung, wonach Herr Öcalan

schuldig ist, also sind auch seine Anwälte schuldig.

Bei dem Verfahren in Ankara wurden am ersten Verhandlungstag alle beteiligten Kollegen von der Polizei verprügelt, ihre Unterlagen wurden beschlagnahmt und schließlich wurden sie auf der Polizeiwache verhört.

Es gibt Drohungen, auch Todesdrohungen. Manche Medien bezeichnen uns als "Landesverräter". Jeder von uns bekommt mindestens einmal im Monat irgendeine Beschwerde angehängt, doch bisher hat es keine rechtsgültigen Urteile gegeben.

Aysel Tugluk: Wir müssen abwarten, wie das ausgeht.

Wir versuchen, der Verantwortung für unseren Mandanten gerecht zu werden. Unsere Situation und Arbeitsmöglichkeiten sind natürlich auch von der politischen Entwicklung abhängig.

Das Scheitern des Friedensprozesses, den die kurdische Seite und unser Mandant ja vor kurzem erklärt haben, kann unvorhergesehene Auswirkungen haben.

Vielleicht gibt es wieder bewaffnete Kämpfe, wer weiß.

Sollte es zu einem neuen Krieg kommen, könnte sowohl der Staat als auch illegale staatliche Kräfte wieder aktiv werden und es könnte zu neuen Morden kommen, auch an uns.

Das alles hat es in der Türkei schon einmal gegeben.

“Wir sind bereit zum Dialog”

Die kurdische Frage wird systematisch ignoriert

Fragen an Mizgin Sen, Europaspriecherin des KADEK

Wie verhalten sich KDP und PUK im Augenblick zur Präsenz des KADEK im Norden?

Gegenwärtig gibt es keine Feindseligkeit zwischen den kurdischen Gruppen im Irak. Andererseits findet auch kein Dialog statt.

KDP und PUK akzeptieren die Anwesenheit des KADEK in dem Gebiet nicht. Beide haben die Anwesenheit und die Aktivitäten des KADEK über lange Zeit für bedrohlich gehalten. Daher haben sie zu keiner Zeit die Präsenz der KADEK-Kämpfer begrüßt oder ihnen Schutz gewährt.

In der Vergangenheit haben beide Organisationen gemeinsame Militäraktionen gegen die PKK durchgeführt unter der Anleitung und mit der Unterstützung des türkischen Militärs.

Während der vergangenen fünf Jahre gab es allerdings keinen nennenswerten Konflikt zwischen den kurdischen Gruppen. KDP und PUK sollten jedoch eine unabhängige Politik machen.

Hier liegt auf lange Sicht ein Problem. Es gibt keine stabilen Beziehungen zwischen den kurdischen Parteien, die sich auf Demokratie und nationale Rechte gründen.

Sollten sich die Türkei und die USA entschließen, die KADEK-Kräfte anzugreifen, dann ist die Haltung von KDP und PUK lebenswichtig.

Die kurdische Frage verlangt nach einer dringenden Lösung in allen Teilen Kurdi-

stans. Diskriminierung untereinander wird dem kurdischen Volk nicht von Nutzen sein.

Nach meiner Meinung haben die Kurden noch keine nationale Strategie, die sich an einer demokratischen Zukunft des Mittleren Ostens ausrichtet. Das aber ist an sich bereits eine Bedrohung für die kurdische Freiheit.

Wir Kurden arbeiten an Dialog und Zusammenarbeit untereinander und an einer Lösung der kurdischen Frage nicht nur im Irak, sondern in allen Teilen Kurdistans im Rahmen von Frieden und Demokratie im Mittleren Osten.

Wie ist die Haltung der provisorischen Regierung im Irak zur Präsenz von KADEK?

Vielleicht ist es hier für eine Äußerung noch etwas früh. Wir haben bisher noch keine konkrete Haltung des Irakischen Rates erkennen können.

Wir wissen, dass sie Bedenken haben im Hinblick auf eine Intervention der Türkei in der Region, und die Menschen im Irak wollen nicht die türkische Armee in diesem Gebiet patrouillieren sehen.

KADEK versucht Beziehungen zu den Arabern aufzubauen, um gemeinsame Probleme anzusprechen.

KADEK ist nicht in der Position den derzeitigen Prozess in Frage zu stellen, sondern möchte zur Demokratisierung des Irak beitragen.

Derzeit wünschen die USA zwar, dass

KADEK den Nordirak verlässt, gesteht allerdings zu, dass es hierzu einer umfassenden Amnestie in der Türkei bedarf. Der letzte Versuch eines Amnestiegesetzes darf als gescheitert bezeichnet werden. Was müsste geschehen, damit KADEK den Nordirak verlässt?

Das Problem liegt nach meiner Meinung nicht in der militärischen Präsenz des KADEK in diesem Gebiet.

Das eigentliche Problem ist die kurdische Frage. Wenn dieses gelöst wird, wenn ein solcher Prozess in Gang kommt, dann wird es auch keine Notwendigkeit für den KADEK geben, an seinen militärischen Kräften festzuhalten.

Die Politik des KADEK kann sich nicht durch Leugnung der kurdischen Frage definieren.

Die Türkei setzt zusammen mit dem Iran und Syrien ihren Vernichtungskrieg gegen die Kurden fort.

Es gibt keine Meinungsfreiheit für die Kurden, keine Freiheit sich politisch zu organisieren. Immer noch bedroht der türkische Staat die Kurden und daher sind die KADEK-Kämpfer die einzige Gewähr für ihre nationalen und kulturellen Rechte.

Wenn man die Guerilla aus den Bergen holen will, dann gibt es dazu nur einen Weg: die Lösung der kurdischen Frage. Aus diesem Grund hat der KADEK kürzlich seine "Roadmap" vorgestellt. Darin sind realistische und vernünftige Argu-

mente enthalten und wird eine schrittweise Lösung der kurdischen Frage skizziert.

Anstatt also einen Konflikt zu provozieren sollte die Türkei besser nach Mitteln und Wegen suchen, mit den Kurden zu verhandeln.

Nehmen wir an, die USA, Türkei und die provisorische irakische Regierung einigen sich auf die Entsendung türkischer Truppen in den Irak.

Wie würden Sie sich verhalten?

Wenn die Türkei sich an der Demokratisierung des Irak beteiligen will, ist sie in der Region willkommen.

Wir sind nicht dagegen. Wir haben allerdings jeden Grund zu glauben, dass die Türkei im Irak ihre eigenen Ziele verfolgt, die wiederum auf die Auslöschung des KADEK zielen.

Die Türkei hat überdies deutlich gemacht, dass sie kurdischen Rechten und einem Föderalen demokratischen Irak ablehnend gegenüber steht.

Angesichts der türkischen Politik und ihrer Haltung zu den jüngsten Entwicklungen im Irak sind wir gegen die Präsenz der türkischen Armee im Irak.

Wenn die USA, die Türkei und der irakische Interimsrat übereinkommen den KADEK anzugreifen, dann wird der KADEK sich verteidigen. KADEK wird nicht kapitulieren.

Für die Zukunft der Region müssen wir aber ethnische Konflikte vermeiden. Eine Auseinandersetzung mit dem KADEK kann in niemandes Interesse liegen.

Je weiter der demokratische Umbau und die Föderalisierung des Irak fortschreitet desto weniger werden alle Beteiligten die Anwesenheit bewaffneter Kräfte im Nordirak hinnehmen.

Welche Perspektiven sehen Sie, insbeson-

dere wenn sich die Türkei im Hinblick auf die kurdische Frage weiterhin nicht entscheidend bewegt?

Wenn im Irak Stabilität und Fortschritt erreicht werden, dann gerät auch die Türkei unter Veränderungsdruck. Niemand kann der Veränderung widerstehen. Mir scheint, wir können uns nur vorwärts bewegen. Die Wirklichkeit des Mittleren Ostens und die kurdische Frage sind komplex. Die Veränderung wird in der Region zu einer Art Kettenreaktion führen.

KADEK hat auf seinem Parteikongress seine Politik beschrieben. Die Kurden sind entschlossen auf ihrem Weg der Demokratie und des Friedens weiterzugehen - unter Wahrung des legitimen Rechts zur Selbstverteidigung.

KADEK und die Kurden werden die Geschehnisse verfolgen und abwarten. Wir werden an unserer Strategie festhalten, Demokratie aufzubauen und Frieden in der Region zu erreichen.

Unsre friedliche Kampagne für eine politische Lösung der kurdischen Frage wird weitergehen. Wir werden alles Notwendige tun, um einen Konflikt zu vermeiden.

Die Kurden werden außerdem den EU-Beitrittsprozess der Türkei unterstützen. KADEK - und das ist ein weiterer wichtiger Punkt - besteht nicht darauf, mit der Türkei am Verhandlungstisch zu sitzen.

Die Türkei kann die kurdische Frage auf den verschiedensten Wegen lösen, solange sie auf die Forderungen des kurdischen Volkes eingeht. KADEK wird solche Initiativen ohne Zögern unterstützen.

Ist es nicht so, dass die Europäer vielleicht Recht haben damit, dass es in Wirklichkeit kein Problem gibt, das sich nicht im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses von allein erledigt, dass es also keine kurdische Frage

in dieser expliziten Form gibt, zu deren Lösung die EU beitragen müsste?

(Ist nicht der Beitrittsprozess selbst - so glaubt man hier - von so hoher transformativer Kraft für alle Beteiligten, dass man gar keine Gespräche oder Verhandlungen mit den Kurden braucht?)

Bisher hat es die EU versäumt, die kurdische Frage anzusprechen. Dafür gibt es natürlich Gründe.

Wir dürfen auch die Tatsache nicht unterschätzen, dass die EU den Krieg der Türkei gegen die Kurden mehr als zwanzig Jahre unterstützt hat.

Wir erinnern uns auch noch an die europäische Position gegenüber Öcalan, als er nach Italien kam und einen Asylantrag stellte.

Auch Europa hat in Bezug auf die kurdische Frage eine Politik des Ignorierens verfolgt. Dennoch, wir unterstützen die gemeinsamen Werte der Europäischen Union und glauben, dass der Beitrittsprozess für die demokratischen Kreise in der Türkei hilfreich sein wird.

Stichwort EU-Beitritt: Die Chancen der Türkei Beitrittsverhandlungen aufnehmen zu können, ohne die kurdische Frage wirklich (friedlich und demokratisch) angegangen zu sein, steigen mit jedem Tag. Deutschland, Frankreich und Britannien scheinen entschlossen, diesen Beitritt in jedem Falle durchzusetzen. Wie beurteilen Sie diese Haltung?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Europa die Türkei als Vollmitglied aufnimmt, solange es keine echten Veränderungen gibt. Wenn die Türkei in der Lage gewesen wäre ihre Probleme zu lösen und Demokratie zu erreichen, hätte sie eines der führenden Länder im Mittleren Osten werden können.

Der Mittlere Osten selbst hätte zu einer aufstrebenden Kraft werden können.

Keine Besuche mehr

Abdullah Öcalan verweigert bis auf weiteres alle Besuche seiner Anwälte

Presseerklärung der Internationalen Initiative

Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 in die Türkei befindet sich Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali.

Durch die schweren Isolationshaftbedingungen ist sein Gesundheitszustand stark angegriffen.

Demnach leidet der Kurdenführer unter massiven Atembeschwerden, die vereinzelt zu Erstickungsanfällen führen, weshalb die Anwälte Abdullah Öcalans um das Leben ihres Mandanten fürchten. Außerdem hat die lange Haftzeit in der Totalisolation dazu geführt, dass sein Geruchs- und Geschmackssinn stark beeinträchtigt sind.

Eine ärztliche Versorgung ist auf der Gefängnisinsel nur begrenzt möglich.

Zwar hat das Antifolterkomitee des Europarates schon mehrmals die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gefordert, was bisher jedoch von der Türkei ignoriert wird.

Nun hat sich Abdullah Öcalan entschlossen, aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen bis auf weiteres das Zusammentreffen mit seinen Anwälten zu verweigern.

So würde nur die Verlegung in ein anderes Gefängnis, die volle Aufhebung der Isolationshaftbedingungen und Haft erleichterungen, wie sie das CPT vorgeschlagen hat, diesen Zustand beenden können.

Bisher waren diese Besuche der einzige

Zugang zu dem Vorsitzenden des KADEK.

Seinem Einfluss war es zuzuschreiben, dass die PKK den Krieg einseitig beendete und ihre bewaffneten Kräfte auf Territorien außerhalb der Türkei zurückzog, um so eine politische Lösung der kurdischen Frage zu ermöglichen. Die sich bietende Chance wurde von der Türkei jedoch nicht ausreichend genutzt.

Zwar verabschiedete das türkische Parlament im Zusammenhang des EU-Beitrittsprozesses mehrere Reformpakete, die den Kurden mehr Rechte zugestehen.

Eine reale Umsetzung ist jedoch weiterhin nicht in Sicht.

Nach wie vor ist die Menschenrechtslage in der Türkei katastrophal. Immer noch werden einfachste demokratische Forderungen repressiv verfolgt und demokratische Parteien mit dem Verbot bedroht.

Mit dem "Rückzug" des Vorsitzenden des KADEK entsteht eine brisante Situation, da nun sein mäßigender Einfluss unterbrochen ist.

Die Kurden in der Türkei, aber auch in Europa sind hingegen äußerst besorgt. Auch sie haben umfangreiche Protestaktionen angekündigt.

Indes hat der KADEK mit dem 1. September 2003 den einseitigen Waffenstillstand aufkündigt.

So wurde der türkischen Regierung eine Frist von drei Monaten eingeräumt,

positive Schritte hin zu einem bilateralen Waffenstillstand zu unternehmen.

Darunter sind u.a. die Einstellung sämtlicher militärischer Operationen der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla, sowie die Beendigung der Angriffe auf kurdische Institutionen durch die Sicherheitskräfte zu verstehen.

Andernfalls wäre ein erneuter Waffenengang unausweichlich.

Dies muss verhindert werden. Als internationale Friedensinitiative sind wir über die aktuellen Entwicklungen äußerst besorgt. Deshalb fordern wir die europäische Staatengemeinschaft dazu auf, auf die Türkei mäßigend einzuwirken.

Die kurdische Frage muss wieder thematisiert werden. Ein erneuter Krieg aber hätte unabsehbare Folgen. Beide Seiten in dem Konflikt müssen an einer friedlichen Lösung des Konfliktes festhalten.

Die Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan wäre ein glaubhafter Schritt in die richtige Richtung.

Die Türkei muss im einvernehmlichen Dialog mit ihren kurdischen Bürgern die brennenden Probleme des Landes lösen.

Quelle: MHA, 27. September 2003; Medya-TV, 27. September 2003, Erklärung der Öcalan-Anwälte auf der Pressekonferenz in Istanbul am 30. September 2003.

Einsatz im Irak

Im Irak vermischen sich türkische Außen- und Innenpolitik

von Klaus Happel

Vor wenigen Tagen hat das türkische Parlament einem Antrag der pro-islamischen Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdogan auf Entsendung von Friedenstruppen in den Irak zugestimmt.

Nach dieser erwarteten Entscheidung des türkischen Parlaments, in dem die Regierungspartei AKP eine Zweidrittelmehrheit hat, stellt sich die Frage nach der Motivation zur militärischen Beteiligung der Türkei sowohl seitens der türkischen Regierung als auch seitens der Amerikaner, die ja lange auf diese Entscheidung gedrängt haben.

Seit dem Frühjahr, nachdem man den USA den Aufbau einer zweiten sogenannten Nordfront vom Boden der Türkei aus per Parlamentsvotum untersagt hatte, verfestigte sich sowohl bei der türkischen Regierung als auch im Generalstab die Einsicht, dass man dabei war, jeden Einfluß bei der sich abzeichnenden Umgestaltung der Region zu verspielen.

Schon bald nach dem Ende der militärischen Kampfhandlungen baten die USA die Türkei um Unterstützung und um die Entsendung von Friedenstruppen. Dies hat das Parlament nun zugesagt. Dabei soll es sich um ein bis drei Brigaden handeln, je nachdem, ob sich Pakistan und noch ein weiteres Land mit je einer Brigade beteiligen, also insgesamt etwa 11.000 Mann. Die Stationierung für einen Zeitraum von etwa einem Jahr könnte bereits im November beginnen.

Regierung und Parlament mussten diese Entscheidung aus mehreren Gründen treffen.

Eine erneute Verweigerung hätte den Begriff der "strategischen Allianz" zwischen Ankara und Washington endgültig jeden Sinnes entleert und die Türkei vom weiteren Geschehen im Irak ausgeschlossen und möglicherweise sogar auf Konfliktkurs mit den Koalitionstruppen und ihren Verbündeten, den irakischen Kurden, gebracht, wenn man bedenkt, dass im Nordirak immer noch türkische Truppenkontingente und Spezialkräfte stationiert sind, vorgeblich um die PKK dort zu bekämpfen.

In der Vergangenheit kam es daher bereits zu mehreren Zwischenfällen, in die verdeckt operierende türkische Spezialkräfte und Soldaten der Koalition verwickelt waren.

Die angekündigte Entsendung türkischer Friedenstruppen stieß allerdings bereits im Vorfeld, während noch über Modalitäten diskutiert wurde, und umso mehr mit der Entscheidung des Parlaments auf erheblichen Widerstand.

Der von den Amerikanern eingesetzte provisorische Regierungsrat des Irak sprach sich deutlich gegen die Stationierung von Truppen aus den Nachbarländern aus, was auch die Türkei einschließt. Die kurdischen Mitglieder des Rates, Talabani (PUK) und Barzani (KDP), lehnten jede Beteiligung der Türkei an der Friedenssicherung im Irak, in welcher Zone auch immer, rundweg ab.

Ähnliche Äußerungen kamen auch aus den benachbarten arabischen Staaten, Jordanien verlangte sogar eine Entschließung der Arabischen Liga.

Aus Sicht des State Department macht die türkische Unterstützung dennoch einen Sinn, der weit über die bloße militärische Komponente hinausgeht: Wenn die Nachbarstaaten nicht in den irakischen Umbauprozess einbezogen werden, dann wird auf lange Sicht die Situation im Irak nicht stabilisiert werden können.

Gelänge dies aber, dann ließen sich Perturbationen von außen deutlich verringern und es käme mit zunehmender Stabilisierung zu positiven Rückkopplungseffekten für die gesamte Region. Die ernsthafte Beteiligung der Nachbarn mit substantiellen Kräften könnte auch deren Interesse stärken, gegen Störungen des Aufbauprozesses, die von ihrem eigenen Territorium ausgehen, entschieden vorzugehen.

Dabei glauben die Verantwortlichen im State Department, mögliche Friktionen zwischen Türken und Arabern oder Türken und Kurden, die ihre Ursache in Konfrontationen der Vergangenheit haben, kontrollieren zu können.

Ob dies allerdings möglich ist in einer Region, in der niemand die Türkei mit Friedenstruppen identifizieren würde, muss mehr als offen bleiben. [Anm. Kurz nach dem Beschluss des türkischen Parlaments äußerte sich der Bürgermeister von Fallujah, einer Stadt westlich von

Bagdad, also gerade in einem Gebiet, das für die Stationierung türkischer Truppen in der Diskussion ist, einer Stadt, die notorisch ist für Attacken auf Soldaten der Koalition, mit den Worten, es könne sich dabei wohl nur um eine Strafe der Amerikaner für die Einwohner von Fallujah handeln.]

Dennoch, die türkische Regierung hatte keine Wahl, es sei denn, sie hätte einige fundamentale Positionen der türkischen Politik in Frage gestellt. Es stand also viel auf dem Spiel. Außenpolitisch lässt sich das Dilemma auf den Begriff "strategische Bedeutung" verkürzen, innenpolitisch geht es um den staatlichen Zusammenhalt.

Rekapitulieren wir ein wenig. Die türkische Ökonomie befindet sich in einem desolaten Zustand, wenn auch inzwischen die Inflation zurückgeht und die Wirtschaft wieder wächst. Die Grundprobleme sind struktureller Natur.

Hinzu kommt ein enormes Wohlstandsgefälle innerhalb des Landes mit relativ wohlhabenden Gebieten im Westen und bitterarmen, rückständigen Gebieten im Südosten. Extrem hohe Militärausgaben tun ein übriges. Seit Jahrzehnten ist die Türkei daher auf Milliardenkredite aus dem Westen angewiesen und muss ihre Haushaltspolitik der Kontrolle durch den Internationalen Währungsfond (IWF) unterwerfen.

Millionen von Türken haben das Land verlassen und mussten sich Arbeit im Ausland suchen.

Das außerordentliche Engagement des Westens verdankt sich allerdings nicht der zukünftigen Bedeutung der Türkei als emerging market, sondern vielmehr ihrer geostrategischen Position und Bedeutung für die Sicherung des Zugangs zu den mittelöstlichen und mittelasiatischen Öl- und Gasvorkommen. Verlöre die Türkei diese strategische Bedeutung, dann wäre sie auch als Kandidat für die Europäische Union weitgehend uninteressant. Aus einer

"strategischen Allianz" mit den USA glitt die Türkei mittelfristig in einen multilateralen regionalen Zusammenhang mit den USA als Seniorpartner ab.

Aus diesem Grund haben sich die regionalen Aktivitäten der Türkei in den letzten Jahren zunehmend auf den Mittleren Osten konzentriert. Hier ist sie politisch willens und militärisch in der Lage, eine stark unilateral geprägte Position durchzusetzen und versucht ihre definierten Interessen auf diese Weise ohne Einbindung in einen regionalen Zusammenhang auszubalancieren.

Dieser regionale Unilateralismus der Türkei ist ein Erbe des osmanischen Imperialismus und entscheidend verantwortlich dafür, dass es bisher keinen ernsthaften Versuch einer türkischen Regierung gegeben hat, die kurdische Frage für alle Seiten befriedigend und dauerhaft zu lösen, was aber aufgrund der Verteilung der kurdischen Population über die gesamte Region nur im regionalen Kontext geschehen kann.

Die kurdische Frage ist also in diesem Sinne eine regionale Frage und nicht einfach ein inneres Problem der Türkei oder des einen oder anderen Staates. Und es ist diese Frage, die auch jetzt wieder die Türkei gezwungen hat, dem Ruf der USA zu folgen; die Türkei möchte nämlich gerne, dass sich die Amerikaner um die in den Bergen des Nordirak befindlichen Kämpfer des KADEK kümmern, was aus türkischer Sicht bedeutet, dass man erwartet, dass die US-Truppen militärisch gegen den KADEK vorgehen. Bis zum Beginn des Irakkrieges hatte die Türkei derlei Probleme selbst gelöst oder zu lösen versucht; sie war die regionale Macht gewesen, die politisch und militärisch handeln konnte, wie es ihre Interessen erforderten und so weit es von ihrem "strategischen Partner", den USA und ihrer geballten Macht gedeckt wurde.

Man war auf einander angewiesen und ließ sich also gewähren.

Wenn jetzt die USA die türkische Regierung aufgefordert haben, sich an der Friedenssicherung im Irak zu beteiligen, dann scheint dies auf den ersten Blick ein Versuch zu sein, die alte "strategische Allianz" wieder aufzunehmen. Dieser Eindruck trügt. Es handelt sich vielmehr um die konsequente Fortsetzung der amerikanischen Politik in der Region seit dem Beginn des Krieges, den Versuch die regionalen Mächte in den Umbau - den politischen und ökonomischen Umbau - der Region einzubeziehen, sie darin zu verwickeln und damit das regionale Mächtesystem nach innen zu stabilisieren. Um es noch einmal zu betonen: Mit dem Beginn und dem erfolgreichen Ende des Irakkrieges und der damit begonnenen Umgestaltung der Region hat die Türkei ihre regionale unilaterale Politikfähigkeit verloren.

Die türkische Regierung, der man sicherlich keine pazifistischen Ambitionen nachsagen kann, hat sich nicht umsonst mit Händen und Füßen gegen diesen Krieg gewehrt.

Jetzt blieb ihr nichts anderes mehr übrig, als sich an Friedenstruppen zu beteiligen, respektive zumindest ihre Bereitschaft dazu zu erklären, um wenigstens politischen Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen zu können.

In diesem Moment ist sie in einen multilateralen Kontext eingebunden worden, wenn auch darauf beharrend, man müsse einen eigenen Sektor im Irak zur Sicherung bekommen und die türkischen Truppen müssten unter eigenem Kommando bleiben. Zuletzt trotzte man noch Colin Powell das Versprechen ab, man werde sich um die Präsenz der 5.000 KADEK-Kämpfer im Nordirak kümmern.

Diese bereiten Ankara große Kopfschmerzen. Im Nordirak hatte sich im Gefolge des ersten Golfkrieges unter dem Schutz der Alliierten ein semistaatliches Gebilde entwickelt, das sich bereits Kurdistan nannte, allerdings die

Ölfelder von Mosul und Kirkuk nicht einschloss.

Dieses semistaatliche Gebilde - so viel darf man nach dem Ende des Krieges sagen - wird sicher kein Rollback erfahren und wieder zu einem aus Bagdad regierten integralen Bestandteil eines irakischen Zentralstaates werden. Zunächst wird dieses Gebiet sicher in eine föderative irakische Struktur eingebunden bleiben.

Strittig scheinen derzeit nur die reichen Ölfelder um die Städte Mossul und Kirkuk.

Im Grunde aber, für die mittelfristige Zukunft, ist der Umfang der kurdischen Autonomie offen.

Für die Türkei ist diese Frage eine Frage der nationalen Sicherheit und der Zukunft der Türkei in ihrer jetzigen Form.

Der zwei Jahrzehnte währende Krieg mit den kurdischen Rebellen der PKK hat den Staat in seinen Grundfesten erschüttert und immer wieder deutlich gemacht, auf welch fragilen Füßen das Werk Mustafa Kemals ruht; er hat insbesondere deutlich gemacht, welches politischen, militärischen und ökonomischen Aufwands es bedarf, auch seitens der Verbündeten, um diesen Staat in seiner derzeitigen Form zu erhalten.

Im Laufe der Jahre sind türkische Truppen unzählige Male in den Irak eingedrungen, um die Rebellen zu verfolgen und zu bekämpfen, manchmal mit Zustimmung Saddams, manchmal ohne sie.

Seit 1980 unterhält die türkische Armee eine permanente Präsenz im Nordirak. Türkische Politiker haben überdies häufig deutlich gemacht, dass sie nach wie vor eine Revision des Lausanner Abkommens anstreben, in dem die Abtrennung der Region um Mosul und Kirkuk von der Türkei als Rechtsnachfolger des Osmanischen Reiches völkerrechtlich

festgeschrieben und später vom Völkerbund bestätigt wurde.

Der Übergang dieser ölreichen Gebiete auf die Kurdische Regionalregierung (KRG) im Nordirak würde die Grundlagen für einen kurdischen Nationalstaat schaffen, der aus sich selbst heraus ökonomisch existieren könnte.

Die Türkei bestreitet jeden Anspruch der Kurden auf diese Gebiete und behauptet weiterhin eigene Interessen.

[Anm. Hier sei zunächst der ehemalige türkische Verteidigungsminister Sabahattin Cakmakoglu genannt, der im August 2002 verlauten ließ, Irakischnordkurdistan sei gewaltsam durch die Briten von der Türkei abgetrennt worden während der Zeit der Republikgründung, und dass Ankara auch jetzt immer noch Schutzinteressen für dieses Gebiet habe. Während des ersten Golfkrieges hatte der damalige Staatspräsident Özal ebenfalls Ansprüche angemeldet für den Fall, dass der Irak zusammenbrechen sollte.

Es gibt Äußerungen türkischer Politiker dahingehend, dass diese Gebiete an den Irak abgetreten worden seien und nicht an irgendeinen kurdischen Staat, der als Folge dieses Krieges entstehen könnte. Zudem versuchte noch vor kurzem der ehemalige Außenminister der AKP-Regierung, Yasar Yakis, den völkerrechtlichen Status dieser Gebiete erneut klären zu lassen.]

Dies unterstreicht die Bedeutung dieser Frage für die türkische Politik.

Aufgrund der Tatsache, dass zu beiden Seiten der türkisch-irakischen Grenze in der Hauptsache Kurden leben, ist die Irakfrage immer auch eine zentrale innenpolitische Frage der Türkei, die sich zu weiten Teilen mit der kurdischen Frage deckt, oder anders gesagt, deren Lösung auch die kurdische Frage zu einem nicht unerheblichen Teil lösen würde, indem nämlich die Demokratisierung und politische Verflechtung der

Region vorangetrieben wird.

Die Türkei ist, nicht anders als der Irak, ein Zerfallsprodukt des Osmanischen Reiches und ein Konglomerat verschiedenster Ethnien, Kulturen und Religionen, die aber während der vergangenen Jahrzehnte mit Hilfe einer Vielzahl von Assimilations- und Repressionsmaßnahmen in das unitaristische Gewand des im kemalistischen Sinne türkischen Nationalstaates gezwungen wurden.

Als sprechendes Beispiel mag hier der zahlenmäßige Rückgang an Christen in diesem ursprünglich überwiegend christlichen Land gelten: Lebten um die Wende zum 20. Jahrhundert noch 40 Prozent Christen in Istanbul, so sind es heute weniger als 0,2 Prozent.

Die Ursachen hierfür lassen sich unzweideutig in staatlichen Maßnahmen finden.

Die Kurden in der Türkei allerdings widerstanden immer wieder auch gewaltsam dem staatlichen Assimilationsdruck. Ausdruck dieses Kampfes ist auch die lange Auseinandersetzung zwischen Staat und PKK, die 1999 ein vorläufiges Ende nahm, als die PKK-Führung einen einseitigen Waffenstillstand verkündete und ihre Kämpfer aus der Türkei in den Nordirak abzog.

Dort sind sie jetzt zum Gegenstand türkisch-amerikanischen Feilschens geworden. Osman Öcalan, Bruder des auf Imrali inhaftierten Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan, teilte kürzlich einem Reporter des britischen "Guardian" mit, dass er davon überzeugt sei, dass die USA nicht militärisch aktiv werden würden, was den KADEK angehe.

Man wolle mit den Koalitionskräften koalieren und zum Aufbau eines stabilen und demokratischen Irak beitragen. Es scheint mithin, als ob die Türkei andere Wege finden müsse, sich ihres kurdischen Problems zu entledigen.

Dieses Mal nämlich kann sie im Nordirak selbst nicht mehr eingreifen.

Auch für die Zukunft scheint es so, als entwickelten sich die Dinge fort vom bisherigen Status quo, der seit mehr als hundert Jahren zu ständigen Interventionen ausländischer Mächte geführt hat und besonders dazu, dass sich im Mittleren Osten bisher kein die unterschiedlichen Interessen ausgleichendes multilaterales System ausbilden konnte. Der KADEK hat inzwischen den einseitigen Waffenstillstand aufgehoben, der über mehr als vier Jahre die Region hat Atem schöpfen lassen, weil nach all der Zeit noch immer nicht erkennbar wurde, dass die Türkei zu einer echten Lösung der kurdischen Frage bereit ist.

Die Europäische Union hält sich aus all dem heraus.

Sie verlangt von ihrem Beitrittskandidaten Türkei lediglich, die kulturellen und politischen Individualrechte seiner Bürger zu respektieren.

Das Problem selbst wird dadurch nicht gelöst, ebenso wenig wie es durch die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union gelöst wird.

Wenn auch der europäische Ansatz zunächst richtig scheint, nämlich die Türkei in ein die Kräfte balancierendes ökonomisch-politisches System einzubinden, das die Anerkennung völker-

rechtlicher wie auch menschenrechtlicher Vorgaben zur Voraussetzung hat, so kann diesem Ansatz im Umgang mit der kurdischen Frage nur wenig Erfolg beschieden sein.

Die kurdische Frage ist kein innertürkisches Problem, sie ist auch kein europäisches Problem.

Der europäische Versuch, das Problem auf die Ebene des Individuums herunterzubrechen und die Umstände, die Umgebung, die Geschichte, der es seine Entstehung verdankt, quasi inkorporieren zu wollen, kann nicht gelingen.

Eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ohne eine befriedigende Lösung des Problems ist nicht denkbar und würde die Union über kurz oder lang auf eine Erweiterung in den Mittleren Osten hinein verweisen.

Es ist ebenso wenig hilfreich, ständig, was den Irak angeht, von den USA die Übergabe der Verantwortung an die Vereinten Nationen zu verlangen, unter deren Ägide man dann bereit sei, sich am Aufbau des Landes zu beteiligen.

Gerade darum geht es ja gerade nicht: Es soll nicht einfach ein Land wiederaufgebaut werden nach dem Schema westlicher Demokratien; es geht um den Umbau der Region, um das Einbinden

der Einzelmächte in ein regionales System, das gegenseitige ökonomische und politische Abhängigkeiten mit sich bringt, ein System der Partizipation aller Ethnien, Religionen, Gruppen, Individuen und Unternehmen.

In diesem Kontext ist die kurdische Frage dauerhaft und friedlich lösbar. Es geht nicht um den Multilateralismus militärischer Interventionen durch das Placet des Weltsicherheitsrates, sondern um den Aufbau eines multilateralen Systems in der Region.

Damit dies möglich wird, müssen die Regime des Status quo ihre unilaterale Handlungsfähigkeit in der Region verlieren. Dieser Prozess hat bereits eingesetzt: Die Türkei kann nicht mehr aus eigener Entscheidung im Irak intervenieren.

Sie steht nun mehr denn je vor der Frage, wohin ihr Weg führen soll.

In jedem Fall aber wird sie nun zuschauen müssen wie jenseits ihrer Grenzen die Entwicklung voranschreitet und sie wird im Inneren darauf reagieren müssen. Unabhängig von einer türkischen Beteiligung an Friedentruppen für Irak, die dort eigentlich sowieso niemand will, muss sie nun allmählich einer politischen Lösung der kurdischen Frage in die Augen schauen.

Der Druck wächst - von allen Seiten.



Zeichnung: Klaus Becher

Neuerscheinung:

Abdullah Öcalan

Gilgameschs Erben

Band I & II

im Atlantik Verlag, Bremen



Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)